(5) Wird der Empfänger eines Pflegegeldes vorübergehend oder dauernd in einem Krankenhaus, Feierabend- oder Pflegeheim oder einer ähnlichen Einrichtung untergebracht, ruht für die Dauer der Unterbringung die Zahlung des Pflegegeldes.

§60

Zahlung von Leistungen während des Vollzugs einer Strafe mit Freiheitsentzug

(1) Für die Zeit des Vollzugs einer Strafe mit Freiheitsentzug werden an den Rentner keine Leistungen nach dieser Verordnung gezahlt.

(2) Für die Zeit des Vollzugs einer Strafe mit Freiheitsentzug erhält der Ehegatte, wenn er im Falle des Todes des Rentners Anspruch auf Witwen-(Witwer-)Rente hätte, 50 % der Rente des Verurteilten ohne Zuschläge. Die Kinderzuschläge und der Ehegattenzuschlag werden dazu in voller Höhe gezahlt.

(3) Ist kein Ehegatte vorhanden oder hat der Ehegatte keinen Anspruch auf eine Leistung gemäß Abs. 2, werden für die Kinder, für die ein Anspruch auf Kinderzuschlag besteht, 50 % der Rente des Verurteilten einschließlich Kinderzuschläge oder, wenn es günstiger ist, die Kinderzuschläge in voller Höhe gezahlt.

(4) Auf Übergangrente finden die Bestimmungen der Absätze 2 und 3 keine Anwendung.

(5) Entsteht der Anspruch auf Rente, Ehegattenzuschlag oder Kinderzuschlag während der Zeit des Vollzugs einer Strafe mit Freiheitsentzug, ist gemäß Absätzen 2 oder 3 zu verfahren.

(6) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 5 gelten auch für die Zeit der Untersuchungshaft. Bei Vorliegen der Voraussetzungen gemäß § 369 der Strafprozeßordnung der Deutschen Demokratischen Republik — StPO — vom 12. Januar 1968 (GBl. I S. 49) werden die dem Rentner nach dieser Verordnung zustehenden Rentenleistungen nachgezahlt.

§61

Ärztliche Begutachtung

Ist für die Gewährung einer Leistung nach dieser Verordnung eine ärztliche Begutachtung erforderlich, erfolgt diese im Rahmen der vom staatlichen Gesundheitswesen geleiteten Gutachtertätigkeit.

§62

Antragstellung und Entscheidung über Leistungen

(1) Die Leistungen nach dieser Verordnung sind schriftlich bei der zuständigen Dienststelle der Sozialversicherung zu beantragen.

(2) Über Anträge auf Leistungen entscheidet die dafür zuständige Dienststelle der Sozialversicherung. Die Entscheidung ist schriftlich zu begründen. Der Bescheid ist dem Antragsteller gegen Empfangsbestätigung auszuhändigen bzw. zu übermitteln.

Zahlung von Leistungen

§63

(1) Die errechneten monatlichen Renten werden auf volle 10 Pfennig aufgerundet.

(2) Die Auszahlung der Leistungen nach dieser Verordnung erfolgt monatlich.

§64

(1) Die Zahlung der Alters-, Bergmannsalters- bzw. Bergmannsvollrente beginnt mit dem Ersten des Kalendermonats, in dem die Voraussetzungen für den Anspruch auf Rente erfüllt werden, wenn der Antrag innerhalb von 2 Jahren gestellt wird.

(2) Die Zahlung der Bergmannsrente beginnt mit dem Ersten des Kalendermonats, in dem die Voraussetzungen für den Anspruch auf Rente erfüllt werden, frühestens mit dem auf den Wegfall des Krankengeldes folgenden Tag, wenn der Antrag innerhalb von 2 Jahren gestellt wird.

(3) Die Zahlung der Hinterbliebenen-, Unfallhinterbliebenen- bzw. Bergmannshinterbliebenenrenten, die nicht wegen Invalidität gezahlt werden, beginnt mit dem Ersten des Kalendermonats, in dem die Voraussetzungen für den Anspruch auf Rente erfüllt werden, wenn der Antrag innerhalb von 2 Jahren gestellt wird, jedoch frühestens mit dem Ersten des auf den Todestag folgenden Kalendermonats, wenn der Verstorbene bereits Rente bezog.

(4) Die Zahlung der Unterhaltsrente, die nicht wegen Invalidität gezahlt wird, beginnt mit dem Ersten des Kalendermonats, in dem die Voraussetzungen für den Anspruch auf Rente erfüllt werden, wenn der Antrag innerhalb von 2 Jahren gestellt wird.

(5) Die Zahlung der Ehegatten- bzw. Kinderzuschläge, die nicht wegen Invalidität gezahlt werden, beginnt mit dem Ersten des Kalendermonats, in dem die Voraussetzungen für den Anspruch auf Zuschlag erfüllt werden, wenn der Antrag innerhalb von 2 Jahren gestellt wird.

(6) Wird der Antrag auf eine der in den Absätzen 1 bis 5 genannten Leistungen später als 2 Jahre nach Erfüllung der Voraussetzungen gestellt, wird die Leistung für 2 Jahre nachgezahlt.

§65

(1) Die Zahlung der Unfallrente beginnt mit dem Ersten des Kalendermonats, in dem die Voraussetzungen erfüllt werden, jedoch

- a) für Versicherte mit Anspruch auf Krankengeld frühestens mit dem auf den Wegfall des Krankengeldes folgenden Tag
- b) für Versicherte ohne Anspruch auf Krankengeld frühestens nach Ablauf von 26 Wochen Arbeitsunfähigkeit bzw. ab Eintritt der Arbeitsfähigkeit vor diesem Zeitpunkt..

wenn der Antrag bis zum Ablauf des folgenden Kalendermonats gestellt wird.

(2) Wird der Antrag auf Unfallrente nach Ablauf der im Abs. 1 genannten Frist gestellt, wird die Unfallrente von dem gemäß Abs. 1 möglichen Zeitpunkt an, längstens jedoch für 2 Jahre, nachgezahlt, wenn durch ärztliches Gutachten erwiesen ist, daß der Körperschaden bereits während dieser Zeit bestand. In allen anderen Fällen der späteren Antragstellung beginnt die Zahlung der Unfallrente mit dem Ersten des Kalendermonats der Antragstellung.